



Vorfahrt für Arbeit

1.000 sozialversicherungspflichtige Jobs fallen jeden Tag weg. Noch 1998 wollte Gerhard Schröder sich an der Senkung der Arbeitslosigkeit messen lassen. 1998 waren 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeit; heute fast 5 Millionen. Für die Union hat alles das Vorfahrt, was neue Arbeitsplätze bringt oder vorhandene sichert.

Denn: Sozial ist, was Arbeit schafft. Und mehr Arbeit braucht neues Wachstum. Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent und senken so die Arbeitskosten. Im Gegenzug erhöhen wir den oberen Mehrwertsteuersatz von 16 auf 18 Prozent. Das bringt mehr Geld für neuen Konsum, denn alle Arbeitnehmerhaushalte werden durch die niedrigeren Lohnzusatzkosten entlastet. Die ermäßigte Mehrwertsteuer (z.B. auf Lebensmittel) bleibt bei 7 Prozent. Zweitens werden die Lohnzusatzkosten des Arbeitgebers gesenkt. Das bringt neue Arbeitsplätze. Wir sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab. Wir erleichtern Neueinstellungen. Wer keine Arbeit hat, dem nützt auch kein Kündigungsschutz. Wir werden deshalb für Neueinstellungen den Kündigungsschutz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten aussetzen. Bei Abschluss des Arbeitsvertrages soll gegen den Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage eine Abfindung vereinbart werden können. Für bestehende Arbeitsverhältnisse ändert sich nichts. Wir führen Kombi-Lohn-Modelle ein. Durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung werden wir zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten schaffen. Wir beleben das Wachstum in Deutschland. Zum 01. 01.2007 werden wir das Steuerrecht grundlegend neu ordnen. Einfach, niedrig und gerecht. Das führt zu neuem Wachstum und mehr Beschäftigung. Wir bauen Bürokratie und deren Kosten ab, um bei den Unternehmen Spielraum für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir investieren pro Jahr 1 Milliarde Euro zusätzlich in Forschung und Entwicklung. Denn nur Ideen schaffen neue Produkte und bringen neue Arbeitsplätze.



Wo die Union regiert ...

... geht es den Menschen besser. Bessere Politik wirkt: Die niedrigsten Arbeitslosenquoten, das größte Wirtschaftswachstum, die niedrigste Pro-Kopf- Verschuldung, die besten Plätze im Bildungsvergleich und die erfolgreichste Kriminalitätsbekämpfung – die unionsgeführten Länder sind die Spitzenreiter im innerdeutschen Vergleich.

Nicht nur bekannte und erfolgreiche Ministerpräsidenten der Union wie Wulff, Koch, Stoiber oder Althaus stehen für Spitzenleistungen, sondern auch die Zahlen der einzelnen Politikfelder beweisen dies. Während 2004 etwa die Arbeitslosenquote in den SPD-geführten Ländern 11,9 Prozent erreichte, waren es in den unionsgeführten Ländern nur 9,6 Prozent. Beim Wirtschaftswachstum schneiden die unionsgeführten Länder deutlich besser ab als die SPD-geführten. Vergleicht man das Wachstum 2004 mit dem Jahr 2000, belegen die unionsgeführten Länder Sachsen, Hamburg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg die ersten fünf Plätze. In den unionsgeführten Ländern beträgt die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung nur 6.256 Euro. In den SPD-geführten Ländern sind es dagegen 9.279 Euro. In den unionsgeführten Ländern haben Kinder die besten Chancen auf eine gute Bildung. In der Studie „Bildungsmonitor 2004“ wurde anhand von 105 Indikatoren in jedem Bundesland die Bildungsqualität von Vor- und Grundschulen, allgemein bildenden Schulen, Hochschulen und beruflicher Bildung untersucht. Das Ergebnis: Die ersten fünf Plätze belegen unionsgeführte Länder. Im Jahr 2003 gab es in den unionsgeführten Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Saarland und Thüringen die wenigsten Straftaten auf 100.000 Einwohner. Mit den richtigen Sicherheitskonzepten und technisch und personell gut ausgestatteten Polizeieinheiten wird in diesen Bundesländern viel zum Schutz der Bürger getan.



Bildung mit Köpfchen

PISA-Schock und Kompetenzchaos – das sind Markenzeichen rot-grüner Bildungspolitik. Investitionen in Bildung sind aber Zukunftsinvestitionen.

Unter Rot-Grün haben die Hochschulen z.B. bei den Baufördermitteln gelitten. Die ungeklärte Situation bei der Juniorprofessur hat dazu beigetragen, dass viele Nachwuchswissenschaftler ins Ausland abgewandert sind. Auch Deutschlands Schüler drohen den Anschluss zu verlieren. Wir wollen den Bildungsstandort Deutschland wieder an die Spitze bringen, um unseren Wohlstand von morgen zu sichern. Wir wollen, dass alle an Bildung und Ausbildung teilhaben. Keine Begabung darf ungenutzt bleiben! Dabei ist Sprache der Schlüssel zur Bildung. Deshalb bauen die unionsgeführten Länderregierungen vorschulische Sprachförderung aus. Ganztagschulen helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. In den unionsgeführten Ländern Sachsen und Thüringen besucht sie bereits jeder fünfte Schüler. An den Hochschulen wird sich die Zukunft unseres Landes entscheiden. Die Hochschulen müssen ihre Professoren und Studenten selbst auswählen können und das Recht haben, selbst neue Geldmittel zu erschließen – entweder aus der Wirtschaft oder durch sozial verträgliche Studiengebühren; BAföG, private und staatliche Stipendien, Bildungssparen, Bildungsdarlehen, Entgelte mit einkommensabhängiger Rückzahlung und Freiplätze für Begabte und Bedürftige sichern dies. Es ist eine wichtige Aufgabe der Erziehung in Familie und Schule, jungen Menschen eine klare Wertorientierung zu vermitteln. Der Religionsunterricht muss deshalb Pflichtfach sein! Bei der aktuellen PISA-Studie schnitten die Schüler aus den unionsgeführten Ländern Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen am besten ab. Bayern hat inzwischen die Weltspitze erreicht. Ein weiteres PISA-Ergebnis zeigt: Kinder aus sozial schwachen Familien werden in den unionsgeführten Ländern besser gefördert.



Angela Merkel
Kanzlerin für

Am 18. September 2005 um 18.00 Uhr wird sich Deutschland entschieden haben, ob es einen Wechsel zu mehr Arbeit oder ein „Weiter so“ geben wird. Ob Gerhard Schröders Regierung für 5 Millionen Arbeitslose, für 1000 Arbeitsplätze weniger jeden Tag, für 40.000 Firmenpleiten jedes Jahr und für 6 Millionen Euro neue Schulden jede Stunde abgestraft wird oder ob Deutschland seine Chancen nutzen kann. Zahlen, die einen resignieren lassen könnten. Nicht aber Angela Merkel.

Die Kanzlerkandidatin der Union weiß um die Dramatik, sieht aber auch das Potential: „Diese Bundestagswahl ist keine Wahl wie andere. Es geht um die Zukunft Deutschlands. Doch ich kenne unser Land. Ich glaube an die Kraft und die Fähigkeiten der Menschen. Deutschland wird es schaffen, wenn wir beherzt, klar und schnell handeln. Dazu will ich meinen Beitrag leisten.“ Die CDU-Bundesvorsitzende und Unionsfraktionsvorsitzende nennt die Grundfehler der amtierenden rot-grünen Bundesregierung: „Rot-Grün hat vor allem zu viele falsche Versprechungen gemacht und damit viel Vertrauen verspielt. Ich sage: Klarheit und Verlässlichkeit müssen wieder Grundlage des politischen Handelns werden. Die